

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 103 (2009)
Heft: 4

Artikel: Gesellschaftsdiagnose von unten : Gespräch
Autor: Schulthels, Franz / Hoöder, Patricia / Gemperle, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390044>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gesellschaftsdiagnose von unten

Das Seminar für Soziologie an der Universität St.Gallen betreibt Forschung in der Tradition des 2002 verstorbenen französischen Soziologen Pierre Bourdieu. Professor Franz Schultheis leitet verschiedene Projekte, die unter dem Titel «Gesellschaftsanalyse von unten» zusammengefasst werden können. Nicht selten haben es dabei die SoziologInnen in ihren Studien mit den Leuten zu tun, die unter den Auswirkungen der gerade auch an der St.Galler Universität seit Jahren vertretenen neoliberalen Wirtschaftsdogmatik leiden.

Getreu seinem Ansatz sucht das Seminar für Soziologie auch die Zusammenarbeit mit örtlichen Selbstinitiativen. So hat dieses Frühjahr eine grössere Veranstaltungsreihe stattgefunden, bei der mit der Erfreulichen Universität Palace, der Buchhandlung Comedia und dem Kino k drei selbstverwaltete Institutionen der Stadt beteiligt waren. Unter dem Titel «Ökonomien des Elends» wurde eine Ausstellung gezeigt mit Fotos von Pierre Bourdieu aus dem kolonialen Algerien, gab es eine Veranstaltungsreihe über politische Konsequenzen aus der Prekaritätsforschung und wurden Filme gezeigt wie jener mit dem Titel «Soziologie ist ein Kampfsport».

Die Neuen Wege haben aus diesem Anlass mit Franz Schultheis und seinen AssistentInnen Patricia Holder, Michael Gemperle und Florian Elliker ein Gespräch geführt. Im Sinne von Bourdieus Konzept des kollektiven Forschenden, in dem die Erkenntnis des einen im Ergebnis immer gleichviel wiegt wie die des anderen, sind die einzelnen Antworten nicht mit Namen gekennzeichnet.

• *Rolf Bossart: In St.Gallen und in Konstanz wurde kürzlich die Ausstellung «Pierre Bourdieu in Algerien» gezeigt. Was war da zu sehen?*

Zu sehen waren Fotografien, die Pierre Bourdieu während und nach seiner Militärzeit in den 1950er Jahren in Algerien aufgenommen hat. Er hat dort unter dem Eindruck des Kolonialkriegs und der Veränderungen, die sich in der algerischen Gesellschaft und Kultur als Folge der französischen Besatzung vollzogen haben, angefangen, soziologisch zu forschen und seine Arbeit fotografisch begleitet.

Die Bilder wurden bereits in einem Dutzend Ländern weltweit gezeigt. Bei der Ausstellung in St. Gallen, die nach einem Wort von Bourdieu den Titel «Ökonomien des Elends» trug, handelte es sich vor allem um Fotografien, die Auswirkungen der kapitalistischen Modernisierung in Algerien zeigen – beispielsweise die Industrialisierung der Landwirtschaft, die Entstehung eines städtischen Subproletariats und die Folgen der Zwangs-Umsiedlungen der französischen Kolonialadministration im Landesinnern.

Ihr Institut gibt im Rahmen der Stiftung Bourdieu auch die Werke von Pierre Bourdieu heraus. Wo liegt Ihres Erachtens die Aktualität dieses französischen Soziologen?

Pierre Bourdieu ist ein sehr wichtiger Vertreter der Sozial- und Geisteswissenschaften, sowohl Soziologe wie Anthropologe und Ethnologe. Er ist der meistzitierte Sozialwissenschaftler der Nachkriegszeit. Sein Werk ist unglaublich breit und bunt. Bourdieu hatte mit einer Studie mit dem Titel «Das Elend der Welt» («La misère du monde») eine neue Form der Gesellschaftsdiagnose vorgelegt. Kollektiv, das heisst mit zwanzig Mitarbeitenden, wurde das Alltagsleben durchforstet und den Leuten die Möglichkeit geboten, über ihre Erfahrungen und Schwierigkeiten zu reden.

Diese Zeugnisse haben die Forschenden theoretisch eingeordnet und so für die Gesellschaftsdiagnose einen Beitrag geleistet, der für uns hier in St. Gallen durchaus richtungsweisend ist. Die Aktualität liegt aber weiterhin auch darin, dass Bourdieu in seinen Schriften bestimmte Pervertierungen des modernen Kapitalismus, die heute handgreiflich zu Tage getreten sind, bereits früh diagnostiziert hat.

Zur Ausstellung gab es eine Reihe von Begleitveranstaltungen. Die Reihe hatte den Titel «Prekäre Zeiten». Was kann man sich darunter vorstellen?

Bourdieu solche Phänomene analysiert hat, sowohl in Algerien als auch in den französischen Vorstädten. Andererseits wollten wir den Bogen zur aktuellen Prekaritätsdiskussion schlagen. Zwei Referate behandelten die prekären Verhältnisse im Niedriglohnbereich und die Auswirkungen auf die alltägliche Lebensführung. Abschliessend diskutierte ein Podium, an neben anderen der Nationalrat und SGB-Präsident Paul Rechsteiner und der Sozialforscher Christoph Mäder teilnahmen, über die politischen Implikationen dieser Art von Forschung. Die Veranstaltungen waren sehr gut besucht. Es besteht of-



*Von links nach rechts:
Florian Elliker,
Patricia Holder, Franz
Schultheis, Michael
Gemperle (Bild: Rolf
Bossart).*

Es ging dabei in Anlehnung an Bourdieus Arbeiten um die Analyse von destabilisierten Lebensbedingungen, die auch bei uns immer mehr zu beobachten sind. Darunter verstehen wir unter anderem die Tatsachen der zunehmenden Unsicherheiten im Anstellungsverhältnis oder der Armutsbetroffenheit trotz Vollzeitstelle. Einerseits wollten wir zeigen, mit welchen Instrumenten

fensichtlich ein Interesse an einer solchen Diskussion.

«Prekäre Zeiten», «Ökonomien des Elends» – könnte man nicht von der Schweiz aus gesehen sagen, dass das ein wenig übertrieben ist?

Bedingt durch die Schwäche der ArbeiterInnenbewegung hat sich in der Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg ein

Franz Schultheis, Professor für Soziologie an der Universität St. Gallen, Mitglied des Nationalen Forschungsrates der Schweiz, Präsident der Stiftung Pierre Bourdieu.

Michael Gemperle, Koordinator des Dreiländer-Projektes «Transformation der Arbeitswelt», seit 2008 Forschungsassistent am Soziologischen Seminar der Universität St. Gallen. Studium der Soziologie und Ethnologie in Basel, Freiburg i.Br., Montpellier und Paris.

spezifischer Umgang mit solchen Themen durchgesetzt, der stark von Ablehnung und Verdrängung geprägt ist. Als eine Forschungsgruppe um Ueli Mäder Anfang der 1990er Jahre in einer Studie über Basel feststellte, dass etwa 15 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben, wurde dies stillschweigend unter den Tisch gekehrt. Seither hat die neoliberale Politik in der Schweiz Einzug gehalten und die sozialen Ungleichheiten weiter vergrössert – zwar ein wenig später als andernorts, aber nicht weniger folgenschwer. Wir arbeiten in einem Forschungsverbund, in dem Leute aus über 15 Ländern beteiligt sind. Das vergrössert den Fokus für solche Themen entscheidend. Nehmen wir nur die französischen Banlieues mit einer Jugendarbeitslosigkeit von etwa 50 Prozent oder die aktuelle Situation in Griechenland, wo viele selbst mit hohen Berufsabschlüssen keine Stelle kriegen.

Zurück zu Bourdieu. Es gab ja neben dem Forscher Bourdieu auch den politischen Aktivist, der sich an Demonstrationen und in Zeitungen zu Wort gemeldet hat. Es gibt Bücher von ihm mit Titeln wie «Interventionen» oder «Gegenfeuer». Wie passt das zusammen mit dem Idealbild des objektiven, neutralen, rein auf seine Methode konzentrierten Forschers?

Wenn ich skandalöse Zustände antreffe und die nicht Skandal nenne, dann ist das nicht objektiv. Objektivität widerspricht nicht dem Umstand, dass man engagiert ist und dass man soziale Missstände und Ausbeutung auch beim Namen nennt.

Aber andere Forschende würden sich da dezidiert zurückhalten und sagen, ich liefere nur Material; Interpretation und die Schlüsse daraus überlasse ich der Politik. Die sind eben schlecht beraten. Ich kann nicht über Jugendarbeitslosigkeit forschen oder über Probleme stigmatisierter MigrantInnen und das dann in ein Mäntelchen von Sprachzensur hüllen,

nur damit ich nicht in engagierter Form Stellung beziehen muss.

Es gibt ja verschiedene Formen des Engagements. Und für Bourdieu war es eben wichtig, unabhängig von etablierten Parteien und Institutionen zu intervenieren. Gleichzeitig hat er sich sehr stark als kollektiver Intellektueller verstanden, als Bestandteil eines intellektuellen Kollektivs, das aufgrund eines gemeinsamen Forschungsfundus' auch politisch agiert. Dies steht im Unterschied zu Intellektuellen, die sich eher als Einzelpersonen und aus einer grundsätzlichen Position heraus engagieren.

Es war ja so, dass Bourdieu sich angesichts der Erfahrungen in Algerien gewandelt hat von einem Philosophen, der von den Hügeln hinunterguckt in das tiefe Tal der menschlichen Nöte, hin zu einem Soziologen. Und das gibt natürlich einen anderen Blick – ob ich von meinem subjektiven Standpunkt heraus philosophiere oder ob ich sagen kann, ich habe 200 Gespräche geführt mit Alltagsmenschen. Diesen Ansatz hat er dann auch später in Frankreich fortgeführt. Hinzu kommt eine Schriftenreihe mit Namen «raisons d'agir», die man als seine politische Quintessenz bezeichnen kann. Da sind auch die Reden versammelt, die er bei politischen Veranstaltungen gehalten hat, unter anderen die berühmte und oft zitierte am Pariser Gare de Lyon. Es ging ihm dabei vor allem darum, die Forschungsergebnisse auch vor den Leuten öffentlich zu machen, die am meisten davon betroffen waren.

Ich möchte Ihr Bild vom Philosophen aufnehmen, der anfangs voll Mitleid auf das Tal hinunterblickt und sich dann wandelt zum Bodenarbeiter und es auf Ihr Seminar beziehungsweise auf die Universität auf dem Rosenhügel beziehen.

Wir sind bereits unten (Das Soziologische Seminar befindet sich am Fusse des Hügels, auf dem sich die Hauptgebäude

der Wirtschaftsuniversität St.Gallen befinden, Anm. d. Red.).

Genau darauf möchte ich hinaus. Wie sehen Sie die Stellung ihres Seminars innerhalb dieser Wirtschaftsuni? Haben Sie den Auftrag, dem ökonomischen Blick von oben einen sozialen von unten entgegenzusetzen?

Wenn man für Soziologie angestellt ist, dann macht man Soziologie. Aber die Soziologie ist hier ein sogenanntes Reflexionsfach, also kein Hauptfach und da hat man die Türe bei den Studierenden nicht immer weit offen. Das heisst, man muss mehr Arbeit leisten, um die Sachen rüberzubringen, was im Grossen und Ganzen auch gelingt. Zudem fühlen wir uns mit dem Ansatz der Alltagssoziologie hier unten in der Stadt sehr wohl.

Die Finanzkrise macht es der vorherrschenden ökonomischen Theorie natürlich nicht einfacher, für ihre Ergebnisse eine empirische Relevanz zu beanspruchen. Aber auch wenn die Krise sich weiter zuspitzt, heisst das nicht, dass die ÖkonomInnen dann ausgerechnet auf die Soziologie als alternative Form des Wissens und der Erkenntnis zurückgreifen. Vielleicht sagen sie eher, jetzt brauchen wir noch mehr ökonomischen Sachverstand.

Zugleich spüren wir bei der Uni-Leitung ein gewisses Interesse und Wohlwollen, mindestens was die Forschungsförderung anbelangt. Dies kann damit zusammenhängen, dass wir soziale Phänomene differenzierter erklären können als die vorherrschenden wirtschaftswissenschaftlichen Paradigmen.

Wie setzen Sie diese Methode der kritischen beziehungsweise engagierten Sozialforschung um? Oder anders gefragt, woran arbeiten Sie im Moment?

Das grosse Projekt, an dem wir gegenwärtig arbeiten, heisst «Transformation der Arbeitswelt». Es geht darum, anhand von Gesprächen mit ausgewählten

Erwerbstätigen aus verschiedensten Branchen über ihre Arbeitserfahrungen zu ergründen, ob und in welcher Form die aktuellen Veränderungen eine Gleichgerichtetheit aufweisen. Dass die Arbeitswelt sich in einem rapiden und tief greifenden Wandel befindet, ist ein Gemeinplatz. Uns interessiert jenseits von Stereotypen, wie Erwerbstätige diese Veränderungen wahrnehmen und wie sie damit umgehen. Dazu führen wir Tiefeninterviews mit rund 80 Erwerbstätigen aus verschiedenen Arbeitswelten und Berufspositionen durch, die wir dann mithilfe soziologischer Kontextdaten analysieren. Daraus entsteht ein breites Kaleidoskop von Portraits charakteristischer Positionen und Perspektiven auf den aktuellen arbeitsweltlichen Wandel. Das Allgemeine an diesen Beispielen arbeiten wir im Rahmen der 40-köpfigen Forschungsgruppe mit ArbeitsweltspezialistInnen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz heraus.

Das Ziel ist, ein eingehendes Verständnis für die Lage und Ansichten der dargestellten Erwerbstätigen zu bewirken – aus der Einsicht, dass dies die Quelle gesellschaftlicher Solidarität ist. Es ist qualitative Forschung und Gesellschaftsdiagnose von unten. Es geht darum, die Leute selbst zu Wort kommen zu lassen, anstatt immer nur als Intellektuelle in deren Namen zu reden, als hätten wir ein Mandat dafür.

Es gibt aber auch Forschungsprojekte, die von aussen an uns herangetragen werden. Ein Beispiel dafür ist ein Auftrag von der eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen in Bezug auf die Einbürgerungsinitiative vom letzten Juni. Die Hauptfrage war: Wie wird in der Schweiz Identitätspolitik betrieben? Was sind die Botschaften der politischen AkteurInnen und der Medien? Wir haben im Rahmen einer Diskursanalyse in drei verschiedenen Kantonen eine bestimmte Auswahl an Medien getroffen und diese dann über einen Zeitraum von acht Wochen analysiert.

Florian Elliker, seit 2004 wissenschaftlicher Assistent am Soziologischen Seminar der Universität St. Gallen. Studium der Betriebswirtschaft und Soziologie an der Universität St. Gallen.

Patricia Holder, Kulturwissenschaftlerin, seit August 2007 wissenschaftliche Assistentin am Soziologischen Seminar der Universität St.Gallen. Studium der Kulturwissenschaften/Cultural Studies in Lüneburg und London (patricia.holder@unisg.ch).

Zusätzlich haben wir auch die politischen Argumente untersucht, indem wir entsprechende Websites und Argumentarien der Parteien und Abstimmungskomitees konsultiert haben. Man müsste natürlich jetzt noch weiter untersuchen, wie die Botschaften angekommen und rezipiert worden sind und welche Wirkung sie in Zukunft auf die Diskurse rund um Einbürgerungen entfalten.

Was sind die Hauptergebnisse dieser Studie?

Der Titel zeigt es an: «Schweizer, Fremde und Eingebürgerte» verweist darauf, dass mit dem Begriff der Eingebürgerten eine bestimmte Kategorie der gesellschaftlichen Wirklichkeit identitätspolitisch wirksam aufgeladen und problematisiert worden ist. Mit dem Ergebnis, dass Eingebürgerte nicht automatisch VollschweizerInnen sind, wie man meinen könnte, sondern erst mal in einen Status eines «HalbschweizerInnentums» hineinkommen. Sie bekommen eine Zwitterstellung zwischen Fremden und Eigenen, was in unserer Zeit der enormen Mobilität und der grossen Durchmischung oft leichtfertig rezipiert wird, aber gesellschaftspolitisch eine grosse Bedeutung hat.

Die Eingebürgerten erscheinen plötzlich als selbständige Gruppe. Und erst von daher werden Ideen relevant, sie gesondert zu behandeln und politisch zu instrumentalisieren, wenn es um Kriminalität oder Sozialhilfemissbrauch geht. Zum Beispiel versucht man festzustellen, ob es bei Verkehrsdelikten Unterschiede zwischen «Eingebürgerten» und «Eingeborenen» gibt. Und tatsächlich kann man da manchmal auch bestimmte Abweichungen bemerken. Aber die Folge davon ist, dass die Ursachen nicht in der häufig prekäreren sozialen Wirklichkeit der Täter gesucht werden, sondern dass eine Ethnisierung stattfindet...

... Eine Ethnisierung, die bereits Eingang gefunden hat in die Linke. Nehmen wir als Beispiel die SP-Nationalrätin Bea Heim, die gefordert hat, die sogenannte «Raserprävention» auf bestimmte Migrantengruppen auszurichten.

Und daran sehen wir als SoziologInnen, dass das gesellschaftliche Bewusstsein im Wandel ist. Durch die Erfindung einer solchen Kategorie wird die Wirklichkeit neu strukturiert. Eine Subpopulation gerät plötzlich in den Fokus, die vorher gar nicht als eigenständige Gruppe wahrgenommen worden ist. Auch das Bundesamt für Statistik kennt und benutzt die Kategorie «Menschen mit Migrationshintergrund». Bereits wurde bei der letzten Volkszählung auch gefragt, seit wann man die Schweizer Staatsbürgerschaft habe. In diesem Zusammenhang kann man von einer Verzeitlichung der Staatsbürgerschaft sprechen. Es gibt auch bereits Ideen, das Bürgerrecht nur auf Bewährung und auf Zeit abzugeben.

Die SVP arbeitet immer wieder mit dem Konzept Volk und nimmt von daher ihre Abgrenzungen vor. Könnte man jetzt nicht die alte Idee von Bertolt Brecht hervorheben und quasi als neues Element den Begriff der Bevölkerung in den Diskurs einbringen?

Dazu ist zunächst zu sagen, dass auch die anderen politischen Parteien mit dem Begriff Volk arbeiten. Man könnte aber schon mit einer Analogie aus der Familiensoziologie verdeutlichen, worum es bei einem Konzept Bevölkerung statt Volk ginge. Man kann Familie erstens durch Abstammung, also durch Blut definieren, zweitens juristisch, dann wenn etwa auch Adoptiv- oder Pflegekinder zur Familie hinzugehören, wenn Familie also eine Institution ist. Dann kann ich aber drittens auch noch auf der Ebene des praktischen Handelns sagen, Familie ist überall dort, wo sie gelebt wird im Alltag, unabhängig von Blutsverwandtschaft und rechtlichen Verhältnissen.

In Bezug auf den Begriff der Bevölkerung würden wir jetzt darauf insistieren, dass diejenigen die Bevölkerung eines Landes ausmachen, die zu einer bestimmten Zeit ein Gemeinwesen gestalten, durch gemeinsame Sorgen, gemeinsame Solidarleistungen, durch die Arbeit, die sozialen Beziehungen und die Identifikation mit einer bestimmten Lebenswelt.

Dem Diskurs, den Sie in Ihrer Studie untersucht haben, liegt ja stark das «Blutskonzept» zu Grunde. Wie wird denn hier das Schweizerische definiert und was würde das Schweizerische ausmachen, wenn es stattdessen auf der Handlungsebene angesiedelt wäre und nicht über Bluts- oder Rechtsverhältnisse bestimmt wäre?

Es ist eine definitorische Frage, ob man nur von «einem» Diskurs oder von mehreren Diskursen sprechen möchte. Auf jeden Fall wird nicht überall in dieser Debatte mit dem «Blutskonzept» operiert. Das «Schweizerische» wird nicht positiv bestimmt, sondern muss erschlossen werden aus dem Gegenteil der negativen Zuschreibungen anderen Bevölkerungs«gruppen» gegenüber.

Wenn also beispielsweise von den BefürworterInnen behauptet wird, dass viele Eingebürgerte kriminell werden, so bleibt der Rückschluss den LeserInnen überlassen, was es denn braucht, um Schweizer oder Schweizerin zu werden respektive zu sein: in diesem Fall offenbar «Nicht-Kriminalität», das heisst Gesetzestreue. Und führt man sich vor Augen, dass längst nicht alle SchweizerInnen so gesetzestreu sind, dann stellt sich die Frage, wo denn der Unterschied zwischen einem «kriminellen Schweizer» und einem «kriminellen Ausländer» liegt. Eine Vorstellung des «Schweizerischen» wird also angedeutet, bleibt aber, trotz der konkreten Beispiele seitens der BefürworterInnen der Initiative, sehr abstrakt und vage. Auf der Bildebene wurde vor allem der

Schweizer Pass inszeniert als Symbol von Heimat und als Objekt des Begehrens, auf den alle wild sind. Und wer ihn nicht hat und ihn aber will, ist tendenziell ein Schmarotzer, der sich am Wohlstand der SchweizerInnen vergreifen wird. Gleichzeitig behauptet man eine Art von Volksempfinden, das sehr genau wisse, wer dazugehört und wer nicht. Und insofern grenzt man sich ja nicht nur gegen AusländerInnen ab, sondern auch gegen alle, die diesem Urzustand entwachsen sind, wie die Intellektuellen, die PolitikerInnen und, in dieser Debatte besonders prominent, die RichterInnen respektive die Gerichte. ●